



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XIV/265 - 21. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Bonner Kaleidoskop "Privatflüge" - Leihwagen - Gerstenmaier contra Jaeger Weihnachtgratifikationen Von KdB Erwin Folger, München	55
3 - 4	Kenni distanziert sich weiter von den Kommunisten Beachtliche Entwicklung in der italienischen Politik Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	81
5	Offenherzig Zu Schröders Rundfunkplänen	36
6	Der Ernährungsminister und die Fleischpreise Worte genügen nicht, Taten müssen folgen	44

* * * *
* * *

Bonner Kaleidoskop

Von MdB Erwin Folger, München

Mitte Oktober 1959 hat MdB Dr. Mommer dem Bundesverteidigungsminister die Frage gestellt, was der Tarifkilometer für den Benutzer eines Flugzeugs der Bundeswehr bei Privatflügen kostet. Außerdem, bei welchem Haushaltstitel die Zahlung des Herrn Bundeskanzlers für die Benutzung eines Flugzeuges der Bundeswehr für seinen Flug nach Mailand auf dem Weg nach Candanabbia verbucht wird.

Strauß hat darauf geantwortet, Privatflüge würden von der Bundeswehr nicht ausgeführt. Die Annahme, daß der Herr Bundeskanzler einen privaten Urlaub verbringen könne oder verbracht habe, sei irrtümlich. Bei jedem Urlaub müsse der Regierungschef einen wesentlichen Teil seiner Regierungsgeschäfte auch am Urlaubsort erledigen...

* * *

Das Strafverfahren gegen Kilt wurde eingestellt, u.a. weil er für den Herrn Bundeskanzler nur in dessen Eigenschaft als CDU-Vorsitzender, d.h. als Privatmann, die Leihwagen von Daimler-Benz bekommen habe, aber nicht als Beamter für seinen Vorgesetzten...

Merkwürdig! Wenn der Herr Bundeskanzler für seinen Flug in den Urlaub ein Bundeswehr-Flugzeug benutzt, ist er im Dienst. Wenn sein persönlicher Referent, ein vom Bund hoch bezahlter Beamter, von einer Firma Autos zur Verfügung gestellt bekommt, dann ist der Herr Bundeskanzler Privatmann. Schleifen und drehen, wie man es braucht...

* * *

Bundestags-Präsident D. Dr. Gerstenmaier während der außenpolitischen Debatte zu den Ausführungen von MdB Helmut Schmidt: "Ich folge mit großer Aufmerksamkeit und Interesse Ihren Darlegungen ... Herr Abgeordneter, ich hatte den Eindruck, daß Ihnen das Haus trotz der vorgerückten Stunde aufmerksam und mit Interesse gelauscht hat. Ich könnte mir vorstellen, daß auf Grund dieses sorgsam ausgearbeiteten Vortrages in diesem Hause von neuem eine Diskussion beginnen könnte ..."

Bundestags-Vizepräsident Dr. Jaeger in einer Abendzeitung: "... Die Wucht dieser Argumente (gemeint sind die unwahren Behauptungen des

Freiherrn zu Guttenberg über den SPD-Deutschlandplan, die auch von einem Teil der CDU/CSU abgelehnt werden) veranlaßten den nächsten Redner der SPD, den wegen seiner Maßlosigkeit bekannten Hamburger Abg. Helmut Schmidt, zu wütenden persönlichen Angriffen. Da er sachlich nichts zu erwidern hatte ...".

* * *

Die SPD-Fraktion hat im Bundestag beantragt, im Monat Dezember 200 DM des Einkommens der Arbeitnehmer steuerfrei zu lassen. Bisher sind Weihnachtsgratifikationen bis zu 100 DM steuerfrei. Wer keine Gratifikation erhält, hat auch keine Steuervergünstigung.

Der Antrag wurde - abgelehnt. Angeblich, weil er gegen den Grundsatz der Steuergleichmäßigkeit verstößt. Arbeitnehmer, die im Dezember arbeitslos sind, würden nichts davon haben. Auf die Zwischenfrage von MdB Seuffert, ob es nicht mehr gegen den Grundsatz der Steuergleichmäßigkeit verstoße, wenn die Steuerbegünstigung nur denjenigen zusteht, die von ihren Betrieben eine zusätzliche Gratifikation erhalten, war Neuburger der Meinung, es wäre richtiger gewesen, diesen Passus über die steuerliche Behandlung von Weihnachtsgratifikationen zu streichen.

Der Antrag der bayerischen SPD-Abgeordneten, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, ebenso wie den Beschäftigten der anderen Millionen-Städte seit Jahrzehnten, 3 Prozent örtlichen Sonderzuschlag zu gewähren, wurde von der Mehrheit mit einer fadenscheinigen Begründung - abgelehnt. Das war das Ergebnis der bei der ersten Beratung versprochenen sehr ruhigen, sehr sachlichen und wohlwollenden Prüfung.

+ + +

Nenni distanziert sich weiter von den Kommunisten

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Partei Italiens hat mit 46 gegen 34 Stimmen den Austritt der Sozialistischen Jugendbewegung aus der "Demokratischen Weltjugend-Organisation" - der bekannten internationalen Vereinigung der kommunistischen Jugend - beschlossen. Während derselben Tagung hat das Zentralkomitee die von Nenni vorgebrachte Motion mit 47 gegen 33 Stimmen gutgeheissen.

Dieser Sieg Nennis gewinnt besondere Bedeutung, denn er hatte in seiner Rede wie nie zuvor hervorgehoben, dass zwischen den italienischen Sozialisten und den italienischen Kommunisten "in den Prinzipien" Meinungsverschiedenheiten bestehen; das will heissen, nach den Worten Nennis, "in der Macht-, Demokratie- und Staatsauffassung". Weiter führte Nenni aus, dass die Linksozialisten bereit wären, eine christlichdemokratische Regierung zu unterstützen, die mit der "wirtschaftlichen und politischen Rechten", d.h. mit den Neofaschisten, Monarchisten und Liberalen, zu brechen bereit wäre.

Die italienische Presse hat der Sitzung des Zentralkomitees der Linksozialisten allgemein grosse Beachtung geschenkt. Das Urteil der demokratischen Kreise in Italien ist beinahe einstimmig. Es wird hervorgehoben, dass der "Autonismus" Nennis nun die taktische Grenze überschritten habe, um die Grundprobleme und die Prinzipien-Fragen anzufassen.

Von christlichdemokratischer Seite her jedoch wird weiter behauptet die Politik Nennis bleibe im Spiel Togliattis gefangen. Der "Popolo", das Organ der Democrazia Cristiana, schreibt, dass, wenn es zutreffe, dass man von den Linksozialisten keinen Anti-Kommunismus verlangen könne, welcher konservative und reaktionäre Interessen decke, so treffe es jedoch ebenfalls zu, dass man von ihnen eine politische Stellungnahme gegen den kommunistischen Totalitarismus verlangen müsse. Nenni dagegen wolle sich von den Kommunisten unterscheiden, ohne "dagegen" zu sein.

In einem in der "Giustizia" erschienenen Leitartikel meint Saragat, dass die Krise innerhalb der Sozialistischen Partei von den heutigen Führern der Partei auf der Ebene der Ambivalenz zwischen Demokratie und Diktatur gehalten werde, ohne dass Nenni den Mut zu einer deutlicher Trennung von den Kommunisten aufbringe, und ohne dass er sich bereiterkläre, die Verantwortung für diesen politischen Schritt zu übernehmen. Saragat führt weiterhin aus, das Problem werde nur geklärt sein, wenn die Linksozialisten jegliche Verbindung mit der kommunistischen Partei Italiens abgebrochen haben werden; sei es auf gewerkschaftlicher Basis (Austritt aus dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund; CGIL), sowie auf politischer Basis (Zusammenarbeit im Regionalparlament auf Sizilien und in

Aosta-Tal und in verschiedenen Gemeinden).

Die beiden Gruppen, die innerhalb der Sozialistischen Partei die Opposition zu Nenni bilden (Vecchiotti-Basso) haben dem Zentralkomitee ein gemeinsames Dokument unterbreitet, in welchem es heisst, dass sie für die "Konvergenz in der politischen Aktion" zusammen mit den Kommunisten eintreten. Weiter wird hervorgehoben, dass die vielbesprochene "Demokratische Alternative" zur Democrazia Cristiana nur vollzogen werden kann, wenn man diese politische Plattform erweitere in der Richtung anderer politischer Kräfte, Linke-Katholiken inbegriffen.

Die Gegenüberstellung der beiden in der Sozialistischen Partei vorhandenen Thesen - mit den beiden Leaders Nenni und Basso an der Spitze - ist stärker als je hervorgetreten und hat im sozialistischen Lager Besorgnis hervorgerufen. Diese Tatsache bestärkt aber die These, dass Nenni nunmehr eine deutlichere Unabhängigkeitsstellung von den Kommunisten eingenommen haben dürfte, und dass er womöglich imstande sein wird, die Bildung einer neuen Regierung zu beeinflussen. Es heisst im allgemeinen in politischen Kreisen Rom, dass es das Bestreben Fanfani, Saragats und selbst des Präsidenten der Republik, Gronchi, sei, zu einer aus Christlichdemokraten und Sozialdemokraten gebildeten Regierung zurückzukehren. Dieses Mal würde Nenni - wenigstens indirekt - eine solche Regierung zu unterstützen bereit sein. Es scheint nicht unwahrscheinlich, dass ein grosser Teil der Democrazia Cristiana einem solchen Schritt nicht abgeneigt wäre.

Im kommunistischen Lager stellt man eine gewisse Nervosität fest. Die italienischen Kommunisten stehen vor der neuen Situation, welche durch die internationale Entspannung sowie durch die neue Stellungnahme Nennis hervorgerufen wurde. Die Frage, "Begünstigt die Entspannung die Kommunistische Partei Italiens oder nicht?" gibt in allen politischen Sektoren Anlass zu langdauernden Diskussionen. Die italienischen Kommunisten erklären in letzter Zeit häufiger, dass sie eine "nationale und demokratische Partei" sind. Gleichzeitig erwähnte Togliatti in seinen Reden mehrmals die Treue der KPI zum Marxismus-Leninismus und zum Klassenkampf. Togliatti lädt auch die Linksozialisten erneut zu "Konsultationen" und "Kontakten" in ganz bestimmten Fragen ein, geht aber nicht so weit, ihnen einen allgemeinen Pakt oder eine Allianz vorzuschlagen.

+ + +

Offenherzig

RW. Während sich Bundesinnenminister Schröder bislang peinlich - wenn auch mit dürftigem Erfolg - darum bemüht hat, den Anschein zu erwecken, als gehe es ihm bei seiner Jagd um die Gesetzgebungskompetenz in Sachen Rundfunk und Fernsehen um eine Sache, die weit abseits aller partei- oder wahlpolitischer Erwägungen liegt, hat nun einer, der es offenbar weiss, dem liebsten Gesetzeskind Schröders den richtigen Namen gegeben: der CDU-Bundestagsabgeordnete Schneider hat in Hamburg mit schöner Offenheit geklagt, die Träger der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik seien zum grössten Teil so "regierungsunfreundlich," dass man das Bemühen der Bundesregierung um eine Neuordnung des Rundfunkwesens verstehen müsse.

Das lässt an Deutlichkeit wahrlich nichts zu wünschen übrig, und insofern wird man dem Bundestagsabgeordneten Schneider für seine Begründung des Schröderschen Mühens dankbar sein müssen. Sie beseitigt allenfalls noch hier und da vorhandene Zweifel an dem wirklichen Motiv für die Beharrlichkeit des Innenministers und bestätigt in wirklich alarmierender Weise die Richtigkeit der Bedenken, die von der Opposition gehegt werden: der Innenminister will, und er hat es in der Tat nur dürftig kaschiert, neue politische, neue parteipolitische Macht. Nicht nur, dass er die Verfassung auf den Kopf stellt; nicht nur, dass er die Bundesländer gegen sich aufbringt; nicht nur, dass er das innenpolitische Klima in gefährvoller Weise mit totalitären Bazillen versiebt; er will dem allen die Krone aufsetzen und - kein Zweifel - eben jenen Staatsfunk schaffen, der, gerade noch rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl, helfen soll, die Träger der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik "regierungsfreundlicher" zu machen.

Man kann gar nicht intensiv genug hoffen, dass über diejenigen hinaus, die schon jetzt ihre entschlossene Opposition gegen Schröders Pläne angemeldet haben, nach der Klarstellung des CDU-Abgeordneten Schneider nun auch die ganze Öffentlichkeit begreift, wohin die Reise des Innenministers gehen soll, und dass sie es nicht nur mit Schrecken begreift, sondern denen auf die Finger klopft, die offensichtlich unter "Freiheit" nur ihre eigene Kommandogewalt verstehen und dabei der Kapitulation der Demokratie in Ratek Vorschub leisten.

Der Ernährungsminister und die Fleischpreise

rd. Der Bundesernährungsminister hat mit erfreulicher Deutlichkeit auf die Stellungnahme des Deutschen Fleischerverbandes geantwortet. Er hatte nach den Vorwürfen der Bevölkerung und der Behörden, die Spannen des Fleischerhandwerks seien trotz sinkender Lebendviehpreise ständig ausgeweitet worden, erklärt, die Bevölkerung könne davon überzeugt sein, auch jetzt vom Fleischerhandwerk nicht überverteilt zu werden. Der Bundesernährungsminister bezeichnet diese Stellungnahme angesichts der tatsächlichen Preisentwicklung als Ironie.

Die skandalöse Entwicklung der Fleischpreise hat sicherlich nicht allein ihre Ursachen in den Spannen des Fleischerhandwerks. Wir haben in Stellungnahmen zu dieser Frage wiederholt darauf hingewiesen, dass hier zumindest zwei Ursachen vorliegen, und zwar die Einfuhr- und Vorratspolitik des Bundesernährungsministeriums selbst, bzw. der seiner Weisung unterstellten Einfuhr- und Vorratsstellen und zweitens der Preispolitik des Fleischergewerbes. Wenn nun der Bundesernährungsminister darauf verweist, dass in diesem Jahre von Januar bis September 46 000 t Rindfleisch und 26 000 t Gefrierfleisch sowie 30 000 t Schweinefleisch mehr verfügbar gewesen seien, als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres, so genügt diese Feststellung allein nicht, es müsste ersichtlich sein, wo dieses Mehrangebot verblieben ist, insbesondere wie es verteilt wurde. So war es z. B. bei der vorgenommenen Auslagerung von Dosenfleisch, die der Spannenentwicklung entgegenwirken sollte, verfehlt, diese Verteilung so breit zu streuen, dass sie wirkungslos bleiben musste und zudem das billige Dosenfleisch noch obendrein denselben in die Hand zu geben, die es in der teuren Wurst verschwinden lassen konnten und somit diese ganze Aktion in ihrer Wirkung aufhoben.

Der neue Bundesernährungsminister ist sicher an dieser Praxis nicht schuld. Er hat Anspruch darauf, dass ihm die Bevölkerung das Vertrauen entgegenbringt, dass er ernsthaft gewillt ist, der Preisentwicklung auf dem Agrarsektor auch im Interesse der Landwirtschaft und ihres künftigen Absatzes entgegenzutreten. Das würde bedeuten, dass er sowohl in eigener Hause Ordnung schafft, aber auch, wie er es jetzt tat, den Preispraktiken im Verteilungsbereich energisch entgegentritt. Wir haben daher mit gewisser Genugtuung in seiner Stellungnahme zum Fleischerhandwerk gelesen, "Wenn der Deutsche Fleischerverband seine Mitglieder nicht dazu anhalten kann, in angemessener Weise den sinkenden Lebendviehpreisen auch die Preise für Fleisch anzupassen, soll er sich nicht wundern, wenn die Öffentlichkeit und schliesslich auch die Behörden Überlegungen anstellen, in welcher Weise die Konkurrenz auch auf dem Fleischmarkt gestärkt werden kann."

Wir nehmen das zur Kenntnis, doch der guten Willen allein noch nicht für die Tat. Wir hoffen, dass nach diesen scharfen Worten auch Taten folgen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel